



Gideon Rachman

NULL

SUMMEN

WELT

DAS ENDE DES OPTIMISMUS UND
DIE NEUE GLOBALE ORDNUNG



WELTKIOSK

WELTKIOSK



WELTKIOSK
LONDON BERLIN



GIDEON RACHMAN

NULLSUMMENWELT

Das Ende des Optimismus
und die neue globale Ordnung



WELTKIOSK
LONDON BERLIN

www.weltkiosk.net

© **WELTKIOSK**

Weltkiosk Ltd., 5 New Street Square,
London EC4A 3TW, United Kingdom

Alle Rechte vorbehalten.

Aus dem Englischen von Joachim Staron, Alexandra Steffes und Henning Hoff

Die Originalausgabe erschien 2010 unter dem Titel «Zero-Sum World. Politics, Power and Prosperity After the Crash» bei Atlantic Books in London.

© Gideon Rachman

Art Direction & Gestaltung: Paul Finn, Fitzroy & Finn

www.fitzroyandfinn.co.uk

ISBN 978-3-942377-11-9

*Für Olivia,
meine Begleiterin in Cambridge, Washington, Bangkok und Brüssel*

INHALTSVERZEICHNIS

Prolog: Davos 2009

ERSTER TEIL: DAS ZEITALTER DER TRANSFORMATION 1978–91

Einleitung

- 1 China 1978: Dongs Gegenrevolution
- 2 Großbritannien 1979: Thatcherismus
- 3 Die Vereinigten Staaten 1980: Die Reagan-Revolution
- 4 Die Europäische Union 1986: Die Umarmung des Marktes
- 5 Die Sowjetunion 1985–91: *Glasnost, Perestroika*, Zusammenbruch
- 6 Europa 1989: Das Jahr der Revolutionen
- 7 Lateinamerika 1982–91: Der Triumph der Demokratie und der Märkte
- 8 Indien 1991: Der zweite asiatische Riese erwacht
- 9 Golfkrieg 1991: Der unipolare Moment

ZWEITER TEIL: DAS ZEITALTER DES OPTIMISMUS 1991–2008

Einleitung

- 10 Demokratie: Francis Fukuyama und das Ende der Geschichte
- 11 Wohlstand: Alan Greenspan und das Ende der Wirtschaftsgeschichte

- 12** Fortschritt: Bill Gates und der Triumph der Technologie
- 13** Frieden: Bill Clinton und die *Win-win*-Welt
- 14** Der optimistische Osten: Kishore Mahbubani und das asiatische Jahrhundert
- 15** Europa: Günter Verheugen und der europäische Traum
- 16** Die Antiglobalisierer: Von der asiatischen Krise bis zum «11. September»
- 17** Macht: Charles Krauthammer und die Neokonservativen

DRITTER TEIL: DAS ZEITALTER DER ANGST

Einleitung

- 18** Die Krise des Westens
- 19** Eine Welt der Schwierigkeiten
- 20** Globale Regierung: Die Welt als Europa
- 21** Die Achse des Autoritarismus: Die Welt als Russland und China
- 22** Brüchige Welt: Die Welt als Pakistan
- 23** Nullsummenwelt
- 24** Die Rettung der Welt

Nachwort zur deutschen Ausgabe

Anmerkungen und Quellen

NULLSUMMENWELT

PROLOG

DAVOS 2009

Jeden Januar trifft sich die politische Elite der ganzen Welt in einem Schweizer Tal. Auf dem Weltwirtschaftsforum von Davos legen die versammelten Politiker ihre Differenzen beiseite und sprechen eine gemeinsame Sprache. Zusammengepfercht in einem Skiessort bekräftigen sie ihre Unterstützung für die eine, globale Wirtschaftsordnung. Vergnügt mischen sie sich unter die immergleichen multinationalen Unternehmenschefs und Investmentbanker. Sie werben um ausländische Investitionen und Handel. Fünf Tage lang scheint die globale politische Elite einig darüber, wie die Welt funktioniert. In Davos werden selbst die unlösbarsten politischen Probleme zeitweise vom Globalisierungskonsens übertüncht.

Doch beim Davoser Forum von 2009 wurde deutlich, dass etwas ziemlich schiefgegangen war. Das Treffen fand nur vier Monate nach dem Zusammenbruch von Lehman Brothers statt, der die Welt in die tiefste Finanzkrise seit 1929 gestürzt hatte. Die internationalen Banker, die normalerweise durch die diversen Cocktailempfänge stolzierten, hielten sich versteckt, während ihre Geldhäuser taumelten und die öffentliche Empörung wuchs. Die Regierung von US-Präsident Barack Obama — daheim in verzweifelte ökonomische Entscheidungen verstrickt — stach durch ihre Abwesenheit hervor. Da die Amerikaner das Feld geräumt hatten, wurde der chinesische Premierminister Wen Jiabao zum Star der Davos-Show.

Führende Unternehmer der Welt drängten sich einen Spätnachmittag in einen kleinen Seminarraum, um den Ansichten Wens über den aufziehenden wirtschaftlichen Sturm zu lauschen. China war der größte Exporteur der Welt und der größte Aufkäufer amerikanischer Staatsanleihen — das

Publikum hatte allen Grund, genau zuzuhören. An Wen war nichts offensichtlich Charismatisches. Klein von Statur, in Anzug und mit Brille, war sein Vortragsstil der eines Managers, der dem Vorstand Bericht erstattet. Gegen Ende seiner Rede aber gab der chinesische Premierminister seinen bürokratischen Stil auf und wurde philosophisch. Um die Krise besser zu verstehen, sagte er, habe er «Adam Smith noch einmal gelesen». Vielleicht, um ein bisschen anzugeben, betonte Wen, er habe dabei auf das Buch *The Theory of Moral Sentiment (Theorie der ethischen Gefühle)* des Ökonomen aus dem 18. Jahrhundert zurückgegriffen, statt auf das weit bekanntere *The Wealth of Nations (Reichtum der Völker)*. Für jeden mit etwas Geschichtssinn war das ein bizarrer Augenblick: Der Führer der Chinesischen Kommunistischen Partei schlug beim Vater der freien Marktwirtschaft nach.

Während sich also kommunistische Führer in Davos als Unterstützer des Kapitalismus entpuppten, schienen die Staatsmänner einiger führender kapitalistischer Länder plötzlich mit dem Kommunismus zu flirten. Unmittelbar nach dem Zusammenbruch von Lehman Brothers ließ sich Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy bei der Lektüre von Marx' *Das Kapital* fotografieren, und Peer Steinbrück, Deutschlands Finanzminister, merkte an, dass «gewisse Teile von Marx' Denken gar nicht so schlecht» seien.¹

Diese politische und ideologische Konfusion war verständlich. Die Finanz- und Wirtschaftskrise, die durch den Wall-Street-Crash im September 2008 losgetreten wurde, bedrohte den Globalisierungskonsens, den die Staatsmänner und -frauen alle unterschrieben hatten. In den Staatskanzleien und Präsidentenpalästen rund um den Globus löste sie Gefühle aus, die der Panik sehr nahe kamen.

Mit der schwersten ökonomischen Krise seit den 1930er Jahren konfrontiert, schauten Politiker ängstlich auf die Politik der Zwischenkriegszeit zurück. Ed Balls, britisches Kabinettsmitglied und engster Verbündeter von Gordon Brown, zu dem Zeitpunkt britischer Premierminister, bemerkte kurz nach dem Davoser Treffen von 2009 düster, dass die aktuelle Finanzkrise sogar noch schwerwiegender sei als die der

1930er Jahre, und fügte hinzu: «Und wir alle erinnern uns, wie die Politik jener Jahre von der Wirtschaftslage geprägt wurde.»²

In den folgenden zwölf Monaten erlebte die Welt ihre schwerste Rezession seit den Dreißigern. Dennoch: Die Albträume von Suppenküchen, politischem Extremismus und Faschistenaufmärschen wurden nicht wahr.

War also alles ein böser Traum? Eine Schauergeschichte? Konnte man nicht einfach wieder zur Tagesordnung übergehen, wie sie vor dem Crash von 2008 bestanden hatte?

Es wäre ein Fehler, das zu glauben. Die Prämisse dieses Buches ist, dass für das internationale System seitdem tatsächlich eine neue Periode begonnen hat, die von gefährlicher Instabilität und grundlegendem Wandel geprägt ist.

In den vergangenen 30 Jahren haben sich die großen Weltmächte allesamt der «Globalisierung» verschrieben — einem Wirtschaftssystem, das steigende Lebensstandards rund um die Welt versprach und gemeinsame Interessen zwischen den mächtigsten Nationen schuf. Nach dem Ende des Kalten Krieges war Amerika offensichtlich die vorherrschende globale Macht, was zur Stabilität des internationalen Systems beitrug, da andere Nationen von Herausforderungen abgehalten wurden.

Aber die Krise, die die Welt 2008 heimsuchte, hat die Logik internationaler Politik verändert. Es ist nicht länger offensichtlich, dass die Globalisierung allen großen Mächten der Welt zugutekommt. Und es ist nicht länger klar, dass die Vereinigten Staaten nicht mit ernst zu nehmenden internationalen Rivalen rechnen müssen. Zugleich wird immer deutlicher, dass die Welt mit einer Reihe wahrhaft globaler Probleme konfrontiert ist — wie dem Klimawandel oder der nuklearen Weiterverbreitung —, die zu Rivalitäten und Streitigkeiten zwischen den Nationen führen. Nach einer langen Periode internationaler Kooperation kehren Wettbewerb und Konkurrenz in die internationale Politik zurück. Eine *Win-win*-Welt verwandelt sich in eine Nullsummenwelt.

Sowohl als Individuen als auch als Nation haben die Amerikaner zu fragen begonnen, ob die «neue Weltordnung», die nach dem Kalten Krieg

entstand, noch zugunsten der Vereinigten Staaten funktioniert. Der Aufstieg Asiens wird immer stärker mit Arbeitsplatzverlusten einfacher Amerikaner und mit der Herausforderung amerikanischer Macht durch China in Verbindung gebracht. Der Crash hat das Bewusstsein für Amerikas wirtschaftliche Anfälligkeit und die Abhängigkeit von anhaltenden Krediten aus China und dem Mittleren Osten geschärft. Natürlich bleiben selbst nach dem Zusammenbruch die Vereinigten Staaten das mächtigste Land der Welt — mit der größten Wirtschaft, dem mächtigsten Militär und den führenden Universitäten. Doch werden die Vereinigten Staaten die unangefochtene Überlegenheit des «unipolaren Moments», der mit dem Untergang der Sowjetunion 1991 begann, nicht noch einmal erleben.

Unterdessen erlebt die Europäische Union (EU), der andere Hauptpfeiler der westlichen Welt, die schwerste Krise seit ihrer Gründung 1957. Der stete Fortschritt in den vergangenen 50 Jahren hin zu einer «immer engeren Union» war auf einer *Win-win*-Logik aufgebaut. Europas Nationen waren der Ansicht, dass sie stärker und wohlhabender würden, wenn sie ihre Schicksale miteinander verbanden. Die Einführung einer gemeinsamen Währung und die beinahe Verdopplung der Zahl ihrer Mitglieder zwischen 2000 und 2007 passte sich nahtlos in die Logik der Globalisierung ein. Wirtschaftliche und politische Barrieren zwischen den Staaten wurden eingerissen. Aber die Gefahr einer ansteckenden Schuldenkrise, die quer durch Europa verlief, führte zu bitteren, gegenseitigen Anschuldigungen innerhalb der EU, da Länder wie Deutschland fürchten, von ihren Nachbarn mit in den Abgrund gerissen zu werden. Der Prozess der europäischen Integration droht sich aufzulösen.

Nullsummenlogik, wonach der Gewinn eines Landes den Verlust für ein anderes bedeutet, hat zu verschärften Spannungen zwischen China und den Vereinigten Staaten geführt. Nullsummenlogik gefährdet die Zukunft der Europäischen Union, wo sich die Staaten über die Verteilung der Kosten für den Erhalt der Gemeinschaftswährung zankten. Nullsummenlogik hat die Welt daran gehindert, bedeutende Einigungen zur Bekämpfung der Erderwärmung zu erzielen. Die Vereinigten Staaten, China, die EU und die großen Schwellenländer zögern alle, den ersten Schritt zu tun — aus Furcht, ihre heimischen Wirtschaften zu beschneiden und damit die relative Macht

und den relativen Wohlstand von Rivalen zu steigern. Eine ähnliche Rivalität blockiert die Möglichkeit kooperativer Lösungen in der Frage nuklearer Weiterverbreitung, denn die großen Mächte lavieren, um sich in eine gute Position zu bringen, statt entschieden gemeinsam zu handeln, um diese gemeinsame Bedrohung zu bekämpfen. Nullsummenlogik ist auch bei anderen großen internationalen Herausforderungen im Spiel — sei es Energie-, Lebensmittel- oder Wasserknappheit —, da die Weltmächte darum ringen, sich Ressourcen zu sichern.

Das Aufziehen der Nullsummenwelt untergräbt die Grundannahmen amerikanischer Außenpolitik seit dem Ende des Kalten Krieges. Sowohl Bill Clinton als auch George W. Bush glaubten, dass es in Amerikas Interesse sei, den Aufstieg neuer Mächte wie zum Beispiel China zu ermuntern, weil die Globalisierung die Geschichte zugunsten der Vereinigten Staaten füge. 1999 brachte Bush diese weit verbreitete Weisheit auf den Punkt: «Wirtschaftliche Freiheit schafft freiheitliche Gewohnheiten. Und freiheitliche Gewohnheiten führen zur Erwartung von Demokratie. ... Treibe mit China freien Handel, und die Zeit ist auf deiner Seite.»³ Clinton war am Ende sogar überzeugt, dass die Globalisierung dabei war, eines der ältesten Gesetze der internationalen Beziehungen zu verändern, die Überzeugung, dass aufsteigende und etablierte Mächte beim Wetteifern um Macht stets aufeinanderprallen. Sein Berater James Steinberg erinnerte sich später, dass der Präsident «nicht überzeugt war, dass es überhaupt inhärenten Wettbewerb der Mächte geben musste. Der Erfolg der einen stellte für andere keine Bedrohung dar. Es war ihr Scheitern, das gefährlich war.»⁴

Clintons Glaube an die Möglichkeit einer *Win-win*-Welt war keine nur ihm eigene exzentrische Note. Eine der einflussreichsten politischen Ideen in den 30 Jahren zwischen 1978 und 2008 war die des «demokratischen Friedens». Nach dieser Theorie würden sich Kapitalismus, Demokratie und Technologie im Gleichschritt ausbreiten — und der Weltfrieden würde das Endprodukt sein. In einer Welt, in der alle großen Mächte Demokratien und Marktwirtschaften seien — und Globalisierung und Hochtechnologie die Menschen zusammenbringe —, könne Krieg der Vergangenheit angehören. Konsum und Konnektivität würden Konflikte übertrumpfen. Die Menschen

würden eher zu McDonald's gehen, als sich zu bekämpfen. Sie würden im Internet surfen, statt sich Straßenschlachten zu liefern.

Die Idee einer *Win-win*-Welt schien in den Hochzeiten der Globalisierung durchaus glaubhaft, erfasste doch das Zeitalter des Optimismus auch große Teile Asiens und die Europäische Union. Voraussagen, dass das chinesische Wirtschaftswunder mit dem Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens zu Ende gehen würde, entpuppten sich als verfehlt. Stattdessen setzte die chinesische Wirtschaft nach Deng Xiaopings «Südtour» durch die Fertigungszentren des Landes 1992 zu noch größeren Sprüngen an. Beinahe zwei weitere Jahrzehnte mit rasantem Wirtschaftswachstum ließen die Chinesen mit Freuden der Idee einer *Win-win*-Welt folgen. Chinas Präsident Hu Jintao nahm den Begriff 2006 bei einem Besuch der Boeing-Fabriken sogar selbst in den Mund, als er erklärte: «Boeings Zusammenarbeit mit China ist ein anschauliches Beispiel für eine Zusammenarbeit, die zum beiderseitigen Vorteil ist und zu *Win-win*-Ergebnissen führt.»⁵

Mitte der 1990er Jahre war klar, dass auch Indien stark wuchs, und der Aufstieg der indischen IT-Industrie wurde zu einem der Globalisierungsklischees. Selbst die asiatische Wirtschaftskrise von 1997–98 — die zeitweise die thailändische, indonesische und südkoreanische Wirtschaft zerstörte — konnte dem Gefühl nichts anhaben, dass der Aufstieg Asiens unaufhaltsam war. Die sich bildende asiatische Mittelschicht hatte oft persönlichen Grund, optimistisch in die Zukunft zu blicken, denn Asiens Aufstieg, wie Kishore Mahbubani, ein Singapurischer Intellektueller, es formulierte, schloss «die Ermächtigung von Hunderten Millionen Menschen mit ein, die zuvor mit dem Gefühl vollkommener Ohnmacht gelebt hatten».⁶

Die Jahre zwischen 1991 und 2008 waren auch in Europa hoffnungsvolle Jahre. Die Stabilität und der Wohlstand der EU übte auf ihre Nachbarn eine magische Anziehungskraft aus. Zwischen 1994 und 2007 vergrößerte sich die EU um mehr als das Doppelte — sie wuchs von zwölf auf 27 Mitglieder und nahm die meisten Länder des früheren Sowjetblocks auf, und auch solche, die im Kalten Krieg neutral gewesen waren. Zum Zeitpunkt des

Crash von 2008 zählte die EU an die 500 Millionen Bürger und war — als Ganzes genommen — die größte Ökonomie der Welt.

2007, in dem Jahr, bevor die Krise zuschlug, erreichte der Optimismus der Davos-Clique neue Höhen. Steve Forbes, Zeitschriftenverleger und ehemaliger amerikanischer Präsidentschaftskandidat, frohlockte, dass dies «das gewinnbringendste Jahr in der Geschichte der Menschheit» sei: «Die beste Art, Reichtum zu schaffen, sind freie Märkte und freie Menschen, und die Welt merkt das mehr und mehr.»⁷ Im gleichen Jahr schrieb David Hale, ein internationaler Wirtschaftswissenschaftler (und wie Forbes fester Bestandteil des Davos-Zirkels): «Die Weltwirtschaft erlebt derzeit Wachstumsniveaus, wie es sie in der Menschheitsgeschichte noch nie gegeben hat.» Und was laut Hale noch dazukam, war, dass im Gegensatz zu langen Wachstumsperioden der Vergangenheit der neue globale Boom weit allumfassender sei, denn: «Während der vergangenen 20 Jahre sind China, Indien, die ehemalige Sowjetunion, Osteuropa und Afrika in die Weltwirtschaft zurückgekehrt.»⁸

Die 2008 ausgelöste Weltwirtschaftskrise beendete diese Periode des aufgeregten Optimismus. Während der Hochzeiten der Globalisierung — zwischen 1978 und 2008 — verschrieb sich eine amerikanische Regierung nach der anderen der Vorstellung, dass Globalisierung gut für Amerika, gut für China und gut für die Welt im Allgemeinen sei. Doch als die Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten infolge der Großen Rezession stark anstieg, begann sich dieser Glaube aufzulösen. Anfang 2010 lag die amerikanische Arbeitslosenquote bei zehn Prozent — aber sie stieg auf 17 Prozent, wenn man die «Dauerarbeitslosen» und diejenigen mitzählte, die Teilzeit arbeiteten, sich aber eine volle Stelle wünschten. Auf dem Davos-Treffen von 2010 erklärte Larry Summers, Präsident Obamas Wirtschaftsberater, den versammelten Plutokraten, dass jeder fünfte männliche amerikanische Arbeiter im Alter zwischen 25 und 55 Jahren arbeitslos sei. In den 1960er Jahren waren 95 Prozent dieser Altersgruppe dauerhaft beschäftigt gewesen. Summers ließ recht deutlich durchblicken, dass Chinas Handelspolitik dafür eine Teilschuld traf — und er war mit diesem Befund längst nicht allein.⁹ Viele amerikanische Mainstream-

Ökonomen begannen, chinesischem «Merkantilismus» die Schuld für finanzielle Instabilität und Arbeitsplatzverluste in Amerika zu geben.

Dass die Wirtschaft der Vereinigten Staaten im Laufe von 2010 dann wieder wuchs, konnte diesen Befürchtungen nicht die Spitze nehmen. Das Wachstum war von der Regierung zudem durch eine gewaltige und nicht haltbare Verschuldungspolitik erkaufte worden. Die Zunahme amerikanischer Verschuldung verschärfte die Zukunftsängste eher noch, selbst wenn sie die Wirtschaftskrise kurzfristig abmilderte.

Die zunehmenden wirtschaftspolitischen Spannungen zwischen China und den Vereinigten Staaten könnten sehr wohl auf amerikanischer Seite zu protektionistischen Maßnahmen führen. Das wiederum würde Pekings paranoider Befürchtung neue Nahrung geben, dass die Vereinigten Staaten am Ende doch Chinas Aufstieg blockieren wollten — was die politischen Beziehungen zwischen den beiden wichtigsten Staaten der Welt vergiften und so das Weltsystem destabilisieren würde.

Die Europäer haben auch Grund, die Vorzüge der «Neuen Weltordnung» zu hinterfragen, die die Globalisierung mit sich gebracht hat. Führende Politiker wie der französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy haben die EU dazu aufgerufen, Europa vor dem «unfairen Wettbewerb» aus Asien zu schützen. Außerdem verliert die Europäische Union als Institution an Selbstvertrauen. Die ganze Architektur der EU war auf dem Bemühen aufgebaut, die zerstörerische und blutige Rivalität in der europäischen Geschichte durch eine neue Logik zu ersetzen, die auf gemeinsamen Wirtschaftsinteressen beruhte. Aber nach der Krise von 2008 stellten steigende Staatsverschuldungen beispielsweise in Griechenland oder Spanien die Zukunft eines der stolzesten Erfolge des vereinten Europas in Frage — die gemeinsame Währung, die mit Beginn des 21. Jahrhunderts eingeführt worden war. Führende griechische Politiker, von Deutschland zu Sparmaßnahmen gedrängt, verwiesen dunkel auf die Besetzung Griechenlands durch das nationalsozialistische Deutschland während des Zweiten Weltkrieges — also auf genau jene schrecklichen Erinnerungen, die die europäische Einigung überwinden sollte.¹⁰

Europas Politiker haben nun auch in aller Öffentlichkeit begonnen, sich über die abnehmende Wichtigkeit des Kontinents den Kopf zu zerbrechen,

in einer Welt, die allem Anschein nach zukünftig von Asien und dem amerikanischen Kontinent bestimmt werden wird. Europas Wähler spiegeln diese defensive Stimmung wider. Sie sind nun gegen zukünftige Erweiterungen der EU eingestellt und stimmen in zunehmendem Maße für radikale, gegen Einwanderung gerichtete Parteien.

Das Risiko neuer internationaler Spannungen wird durch das Aufziehen einer neuen Reihe globaler politischer und wirtschaftlicher Probleme erhöht, die, falls sie ungelöst bleiben, Kriege, Naturkatastrophen und neue, zerstörerische Wirtschaftsschocks auslösen könnten.

Was sind diese Gefahren? Präsident Obama fasste sie in seiner ersten großen Rede vor den Vereinten Nationen im September 2009 prägnant zusammen: «Extremisten, die in Winkeln der Welt Terror säen; langwierige Konflikte, die kein Ende nehmen wollen; Völkermord und Massengräuelaten; mehr und mehr Staaten mit Atomwaffen; schmelzende Eiskappen an den Polen und verheerte Bevölkerungen; hartnäckige Armut und Pandemien.»¹¹ Obamas Liste war alarmierend — aber keineswegs vollständig. Eine Reihe weiterer komplizierter globaler Probleme lässt sich ergänzen: die Gefahr neuer Handelskriege und die internationalen politischen Spannungen, die sie befördern würden; die steigende Zahl «gescheiterter Staaten» und die grenzüberschreitenden Probleme, die aus ihnen erwachsen; der Kampf zwischen Nationen um Ressourcen, insbesondere Öl und Lebensmittel; die erneuerte Macht autoritärer Regime und Ideologien, die drohen, mit der demokratischen Welt zusammenzuprallen; der grenzüberschreitende Strom von Flüchtlingen und illegalen Einwanderern; die wachsende Macht von internationaler, organisierter Kriminalität in Gegenden wie Mexiko oder auf dem Balkan.

Selbst wenn die Spannungen zwischen einem angeschlagenen Westen und einem aufsteigenden Asien im Zaum gehalten werden können, macht es der relative Machtverlust der Vereinigten Staaten in bedeutendem Maße weniger wahrscheinlich, dass die Welt in der Lage sein wird, Lösungen für diese sich vertiefenden internationalen Probleme zu finden. Nach der Finanzkrise war oft die Rede davon, dass ein «neues Bretton Woods» gebraucht würde — ein Verweis auf die Konferenz von 1944, in deren Verlauf der Grund der internationalen Architektur für die Nachkriegswelt

gelegt wurde. Aber nach dem Zweiten Weltkrieg war Amerika mächtig genug, die neuen Weltinstitutionen zu formen — und dann sicherzustellen, dass sie auch akzeptiert wurden. In der heutigen Welt haben die Vereinigten Staaten nicht mehr die Macht, Lösungen für internationale Probleme durchzusetzen. Ohne eine bestimmende Macht neigen multipolare, multinationale Verhandlungs- und Debattierforen dazu, steckenzubleiben und zu scheitern — wie die internationalen Verhandlungen zur Bekämpfung des Klimawandels deutlich vor Augen geführt haben. In dieser neuen Welt werden die internationalen Probleme, die Präsident Obama angesprochen hat, eher schwerer als leichter zu lösen sein.

Begriffe wie «weltwirtschaftliche Ungleichgewichte», «gescheiterte Staaten» und selbst «nukleare Weiterverbreitung» können abstrakt und sogar ein bisschen langweilig klingen. Aber wenn für diese Probleme in diesem Jahrzehnt keine effektiven Lösungen gefunden werden, könnte dies zu weltweiten politischen Wirren führen. Zu den größten Gefahren zählt ein neuer Krieg im Mittleren Osten, ausgelöst durch das Versagen, das iranische Nuklearprogramm zu stoppen. Die Schuldenkrise in Europa oder Handelskriege, die Amerika in Verärgerung über chinesischen Merkantilismus beginnen könnten, würden die Weltwirtschaft neuerlich auf eine tiefe Talfahrt schicken. Das Versagen, «scheiternde Staaten» zu stabilisieren, könnte Länder wie Afghanistan und Pakistan tiefer in gewalttätiger Anarchie versinken lassen, mit gefährlichen Konsequenzen für den Rest der Welt. Auf längere Sicht könnte ein Scheitern bei der Bekämpfung des Klimawandels die schwerste aller internationalen Krisen auslösen — Überschwemmungen, Hungersnöte, Massenmigration und sogar Krieg wären die Folge.

Krisen solcher Art gefährden am Ende die Zukunft der gesamten Welt. Und dennoch sind die großen Mächte nicht in der Lage, ihnen kooperativ zu begegnen. Das liegt daran, dass die heutige Welt durch eine beschädigte und funktionsgestörte Weltwirtschaft und die Zunahme internationaler Rivalitäten — insbesondere zwischen den Vereinigten Staaten und China — immer mehr in einer Nullsummenlogik gefangen ist, der zufolge der Gewinn des einen der Verlust des anderen ist.

Die neue, düstere internationale Stimmung steht dabei im starken Gegensatz zum liberalen Traum der vergangenen 30 Jahre von einer Welt mit mehr Wohlstand und Frieden, die die unausweichliche Globalisierung schaffen würde, reguliert von den Märkten und amerikanischer Macht.

Um das Dilemma zu begreifen, mit dem führende Politiker der Welt heute konfrontiert sind, müssen wir die jüngste Vergangenheit verstehen. Deshalb handeln die ersten beiden Teile dieses Buches von der internationalen und intellektuellen Geschichte der vergangenen 30 Jahre.

Mit dem Jahr 1978 zu beginnen, wird nicht allen Leserinnen und Lesern einleuchten. Insbesondere in Amerika neigt man dazu, als die einschneidendsten Ereignisse der jüngsten Geschichte das Ende des Kalten Krieges und den Al-Qaida-Angriff auf die Vereinigten Staaten zu betrachten. Eine der besten in jüngster Zeit erschienenen Geschichten amerikanischer Außenpolitik trägt den Untertitel *From 11/9 to 9/11* — die beiden Daten, auf die angespielt wird, markieren den Fall der Berliner Mauer und den Beginn des «Krieges gegen den Terror».¹² Aber der Zusammenbruch der Sowjetunion und der «11. September» waren Teil einer größeren Geschichte — der Schaffung eines globalisierten, ökonomischen und politischen Weltsystems. Die beiden zentralen Ereignisse, die diese Geschichte einrahmen, waren die Öffnung Chinas 1978 und die Finanzkrise von 2008.

Ich habe diese 30-Jahre-Epoche in zwei verschiedene Perioden geteilt. Der erste Teil des Buches behandelt das Zeitalter der Transformation, das 1978 begann, und erklärt, wie und warum die großen Mächte der Welt allesamt die Globalisierung freudig annahmen — und wie dies zum Aufstieg Chinas und Indiens führte. Der zweite Teil handelt vom Zeitalter des Optimismus und reicht vom Zusammenbruch der Sowjetunion 1991 bis zum Beinahezusammenbruch des internationalen Finanzsystems 2008. Darin geht es darum, wie die Globalisierung eine *Win-win-Welt* schuf, die die Beziehungen zwischen den mächtigsten Nationen der Welt stabilisierte. Der letzte Teil ist mit «Zeitalter der Angst» überschrieben. Darin wird erklärt, warum die internationale Politik droht gefährlicher und instabiler zu werden — und was stattdessen getan werden kann, um mit der riskanten Logik einer Nullsummenwelt zu brechen.

ERSTER TEIL

DAS ZEITALTER DER
TRANSFORMATION
1978–91

EINLEITUNG

Keine Macht der Erde kann eine Idee aufhalten, deren Zeit gekommen ist.
Manmohan Singh, indischer Finanzminister, im Juli 1991

Das Zeitalter der Transformation begann im Dezember 1978 in Peking mit der dritten Vollversammlung des elften Plenums des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas. Es endete an Weihnachten 1991, als die Fahne der Sowjetunion zum letzten Mal über dem Kreml eingeholt wurde.

Ende 1978 schuf Deng Xiaoping die Grundlagen für die Öffnung Chinas und den Aufstieg seines Landes zu einer ökonomischen Supermacht. Im Gegensatz dazu führten die Wirtschaftsreformen von Michail Gorbatschow Mitte der 1980er Jahre zum Auseinanderfallen der Sowjetunion. Doch während die innenpolitischen Folgen der russischen und chinesischen Wirtschaftsreformen sehr unterschiedlich ausfielen, war ihre globale Bedeutung ähnlich. Zum Beginn der 1980er Jahre ergab es immer noch Sinn, von einer sozialistischen und einer kapitalistischen Welt zu sprechen. Der Kalte Krieg war das bestimmende Prinzip internationaler Politik, er war es seit 1949. Am Ende des Zeitalters der Transformation war die Welt nicht länger in zwei rivalisierende politische und wirtschaftliche Lager geteilt. Das Zelebrieren des Kapitalismus und der Vermögensbildung war so gut wie universell. In den Vereinigten Staaten bestand Ronald Reagan darauf: «Was ich vor allem erleben möchte ist, dass dieses Land eines bleibt, in dem jemand stets reich werden kann.» Deng Xiaoping in China stimmte zu. «Reich zu werden ist glorreich», lautete sein berühmter Ausspruch.

Während Anfang und Ende der Periode von Ereignissen in der Sowjetunion und der Volksrepublik China markiert wurden, war es keineswegs nur die kommunistische Welt, die zwischen 1978 und 1991

transformiert wurde. In den Vereinigten Staaten und in Großbritannien läuteten die Reagan-Revolution und Margaret Thatchers radikale Reformen die Rückkehr von marktliberalem Denken und privatem Unternehmertum ein — und ein Überdenken der Rolle des Staates. Die Europäische Union wandte sich mit der Entscheidung von 1986, einen gemeinsamen Binnenmarkt zu etablieren, ebenfalls deutlich einer liberaleren Wirtschaftsordnung zu. Die Welle des freien Marktes schwappte auch nach Lateinamerika und Indien über — zwei Gegenden der Welt, denen liberale Wirtschaftsordnung und Kapitalismus amerikanischen Stils lange suspekt gewesen waren.

Mitte der 1980er Jahre war klar, dass diese Ereignisse sich zu einem globalen Muster zusammenzufügen begannen. Zunächst hatte allerdings jedes Land seine eigenen spezifischen und lokalen Gründe, um marktliberale Reformen anzustoßen. Deng Xiaoping reagierte auf den destruktiven Wahnsinn des Maoismus. Margaret Thatcher war von dem Willen beseelt, den jahrzehntelangen wirtschaftlichen Niedergang Großbritanniens umzukehren und der Militanz der Gewerkschaften daheim entgegenzutreten. Ronald Reagan wollte die «Malaise» der Jahre unter seinem Vorgänger Jimmy Carter und den Ausbau des amerikanischen Wohlfahrtsstaates ungeschehen machen. Michail Gorbatschow war fest entschlossen, die hochverschuldete und erstarrte sowjetische Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen. Die Öffnung und Demokratisierung Lateinamerikas wurde von der kontinentweiten Krise von 1982 befeuert. Indiens Reformen wurden 1991 von einer Wechselkurskrise daheim ausgelöst.

Die Vereinigten Staaten und Großbritannien erlebten in den frühen achtziger Jahren zunächst tiefe Rezessionen. Aber zur Mitte des Jahrzehnts wurden sie von spektakulären Wirtschaftsbooms abgelöst. Der offensichtliche und offen zur Schau gestellte Reichtum, der in London und New York angehäuft wurde, diente als Werbeanzeige für die Kraft und die Wohltaten marktliberaler Reformen — und für die Finanzindustrie, die als Handlangerin der Globalisierung diente. Rund um die Welt begann man damit, thatcheristische Politik wie Privatisierungen, Deregulierungen und Steuersenkungen nachzuahmen. Der Zusammenbruch des Kommunismus in

Osteuropa 1989 steuerte eine wichtige, warnende Lektion bei. Und ab 1991 gab es schlicht kein sowjetisches Modell mehr, an dem man sich hätte orientieren können. Dass im gleichen Jahr die indische Wirtschaft geöffnet wurde, bedeutete, dass nun auch die letzte große Weltmacht, die bis dahin der Globalisierung widerstanden hatte, dem System beigetreten war.

Ronald Reagan und Margaret Thatcher konnten auf üppige heimische Traditionen zurückgreifen, um Ideen der freien Marktwirtschaft zu untermauern. Adam Smith war schließlich ein Schotte, Milton Friedman ein Amerikaner. In den meisten anderen Teilen der Welt bedeutete die Umarmung von Kapitalismus und Globalisierung dramatische politische, ideologische und sogar psychologische Verschiebungen. Das traf insbesondere auf die großen kommunistischen Mächte zu, die sich durch ihre Gegnerschaft zum internationalen Kapitalismus definiert hatten. Aber auch vielen Entwicklungsländern waren Ideen wie Freihandel und internationale Investitionen zutiefst suspekt — und befleckt von den Erinnerungen an den Kolonialismus.

Für China bedeutete die Aufnahme von freiem Handel mit dem Westen die Überwindung von Misstrauen, das bis zu den Opiumkriegen von 1839–42 zurückreichte — ein Konflikt, der durch chinesische Bemühungen ausgelöst wurde, britischen Opiumhändlern einen Riegel vorzuschieben, und der in einer demütigenden Niederlage endete und die Chinesen zwang, den Briten Handelsprivilegien einzuräumen. Einstellungen in Lateinamerika und Indien gegenüber multinationalen Unternehmen waren gleichfalls durch historisches «Gepäck» belastet. Indien war einst von einem «Multi» kolonialisiert worden — Großbritanniens East India Company. In weiten Teilen Lateinamerikas galten amerikanische multinationale Konzerne oftmals als nicht viel mehr denn Agenten des Imperialismus. In den 1980er Jahren war die Freie-Markt-Welle aber so stark, dass sie viele dieser historischen Vorbehalte hinwegspülte.

Das Zeitalter der Transformation handelte jedoch nicht allein von der Wirtschaft. Es war auch eine Periode dramatischer Veränderungen in der Politik und im internationalen Kräfteverhältnis. Die 1980er Jahre erlebten eine bemerkenswerte Ausweitung von Demokratie weltweit. Eine ansteckende Demokratisierungswelle erfasste Lateinamerika, die 1983

Argentinien, 1985 Brasilien und 1989 Chile erreichte. Alles in allem errichteten 16 zentral- und lateinamerikanische Staaten im Zeitalter der Transformation Demokratien. Auch in westlichen Klientelstaaten Asiens machte die Demokratie wichtige Fortschritte. Auf den Philippinen wurde 1986 das Marcos-Regime gestürzt. Südkorea ließ sein autoritäres System hinter sich, als es 1987 erstmals direkte Präsidentschaftswahlen abhielt. Der außergewöhnlichste demokratische Durchbruch spielte sich 1989 in Mittel- und Osteuropa ab, mit dem Zusammenbruch des Sowjetblocks und den Revolutionen von Polen bis Ostdeutschland, von Ungarn bis zur Tschechoslowakei.

China ragte in dramatischer Weise aus der globalen demokratischen Flut empor: mit der blutigen Niederschlagung der Studentenbewegung auf dem Platz des Himmlischen Friedens im Juni 1989. Hätte es die Ereignisse in China nicht gegeben, wäre die Entwicklung zur Demokratie ähnlich allumfassend ausgefallen wie die zu freien Märkten. Und 1991, als die Erinnerungen an Tiananmen und die Revolutionen in Osteuropa noch frisch im Gedächtnis waren, schien es vernünftig, anzunehmen, dass es nur noch eine Frage der Zeit sei, bis die Demokratie auch in China triumphierte.

Zu Beginn des Zeitalters der Transformation erlebten die Vereinigten Staaten eine Krise ihres Selbstvertrauens. Zu dessen Ende war der amerikanische Optimismus wieder da. Dieser Stimmungswandel war teilweise dem Wiedererstarken der amerikanischen Wirtschaft und dem langen Boom der Reagan-Jahre geschuldet. Aber er hatte auch mit der Transformation der internationalen Umwelt zu tun.

Die offensichtlichsten Gründe für die Stärkung des Selbstvertrauens waren der Zusammenbruch des Ostblocks und die weltweite Verbreitung von liberalen Ideen in Politik und Wirtschaft. Aber auch Ereignisse in Japan und dem Mittleren Osten 1990 und 1991 gaben dem neuen amerikanischen Triumphalismus weiteren Auftrieb.

Die amerikanische Furcht vor der sowjetischen Herausforderung war schon in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre zurückgegangen, gleichzeitig hatte die Angst vor Japan zugenommen. Die furchtsame Stimmung spiegelte sich in Büchern wie Michael Crichtons paranoidem Roman *Rising Sun* (deutscher Titel: *Nippon Connection*) und symbolträchtigen

Ereignissen wie dem Aufkauf des Rockefeller Centers 1989 durch japanische Investoren. Aber im Dezember jenen Jahres erlebte die japanische Börse bereits ihren Höhepunkt — und brach 1990 zusammen. Während für die Wirtschaft des Landes eine lange, schmerzvolle Rezession begann, verflüchtigte sich auch das Gerede über ein alternatives japanisches Modell nach und nach. Der neue Herausforderer amerikanischer Dominanz, Japan, erlebte eine lange Periode wirtschaftlicher Stagnation, genau in dem Moment, als der alte Herausforderer, die Sowjetunion, anfang an auseinanderzubrechen.

Das Jahr 1991 schloss das Zeitalter der Transformation ab. Ein siegreicher Krieg gegen Saddam Husseins Irak stellte Amerikas Glauben an die Mächtigkeit und Nützlichkeit seines Militärs wieder her und «versetzte» mit den Worten von Präsident George H.W. Bush «dem Vietnam-Syndrom einen Schlag». Und am ersten Weihnachtstag 1991 wurde die Sowjetunion schließlich beerdigt. Die Vereinigten Staaten waren nun die einzige Supermacht der Welt.

1

CHINA 1978 DENG'S GEGENREVOLUTION

Die Öffnung Chinas gegenüber der Welt war das erste, wichtigste und am wenigsten beachtete Ereignis des Zeitalters der Transformation.

Die Reform- und Öffnungspolitik, die Deng Xiaoping Ende 1978 in Gang gesetzt hatte, brachte China — ein Fünftel der Weltbevölkerung — zurück in den Mainstream internationaler Politik und Wirtschaft. Sie transformierte zunächst die chinesische und dann die Weltwirtschaft. Indem Deng eine neue Wirtschaftssupermacht schuf, sorgte er auch für eine globale Kräfteverschiebung. Für Amerikaner und Europäer, die diese Zeit durchlebten, war der Zusammenbruch der Sowjetunion der bestimmende Moment des Zeitalters der Transformation. Aber die gleichzeitige Verwandlung Chinas bereitete heimlich die Bühne für den Aufstieg eines neuen potenziellen Rivalen der Vereinigten Staaten. Als bevölkerungsreichstes Land der Erde war China mehr als nur ein weiterer «asiatischer Tiger». Lee Kuan Yew, der Begründer des modernen Singapurs, formulierte es 1993 ehrfürchtig: «Es ist nicht möglich, so zu tun, als handele es sich einfach um einen anderen großen *player*. Es ist der größte *player* in der Geschichte der Menschheit.»¹³

Und doch war die Verwandlung Chinas in eine Hauptstütze des globalen kapitalistischen Systems 1978 kaum vorstellbar. Zu jener Zeit schien der Aufstieg Dengs nur als jüngste Wendung der opernhafte politischen Kämpfe in China, die sich an das Ende der Kulturrevolution 1976 und den Tod Mao Tse-Tungs im gleichen Jahr anschlossen.

Deng übernahm in einem Alter die Macht, in dem die meisten westlichen Politiker längst im Ruhestand sind, und nach Erfahrungen, die die meisten

Menschen gebrochen hätten. Er wurde 1904 in der Provinz Sichuan geboren und war bereits in seinen Siebzigern, als seine Stunde schlug. Von zarter Statur und nicht viel größer als eineinhalb Meter hatte er als junger Mann sechs Jahre in Paris gelebt und aus dieser Zeit nicht nur Französischkenntnisse, sondern auch die Liebe zum Fußball behalten. In Frankreich trat Deng auch der Chinesischen Kommunistischen Partei bei — und widmete den Rest seines Lebens den turbulenten und blutigen Kämpfen Chinas im 20. Jahrhundert.

Nachdem er Mitte der 1920er Jahre nach China zurückgekehrt war, wurde er rasch in revolutionäre Politik und den sich ausbreitenden Bürgerkrieg verwickelt. Er nahm am «Langen Marsch» teil und kämpfte gegen die Nationalisten im Vorfeld des kommunistischen Sieges 1948. Die meiste Zeit seiner Karriere war Deng mit dem pragmatischen und praktisch denkenden Flügel der Partei verbunden — und fiel deshalb in Perioden revolutionären Eifers immer wieder in Ungnade. Während der Kulturrevolution wurde er 1967 kaltgestellt und von maoistischen Radikalen gedemütigt, die ihn als «Wegbereiter des Kapitalismus» denunzierten. 1973 wurde er von Mao rehabilitiert, der ihn öffentlich lobte und ihm den Vorsitz bei Politbürositzungen ebenso gestattete wie das Vorantreiben der «vierfachen Modernisierung» der chinesischen Wirtschaft. Doch 1975 wurde Deng wieder einmal eines unerwünschten Pragmatismus bezichtigt. Mao wandte sich erneut gegen ihn. Die Parteizeitung *People's Daily* zitierte Mao mit der Klage, Deng «verstehe nichts vom Marxismus-Leninismus».¹⁴ 1976 wurde er einmal mehr aller seiner offiziellen Ämter enthoben.

Deng überlebte politische wie private Tragödien. Seine erste Frau starb 1930 bei der Geburt seines ersten Kindes. Während der Kulturrevolution wurde sein jüngerer Bruder in den Selbstmord getrieben, und sein ältester Sohn wurde von radikalen Rotgardisten von einem Dach geworfen und war seitdem querschnittsgelähmt.¹⁵

1978 stand Deng dann in den Worten des Historikers und Journalisten Jonathan Fenby als «der große Überlebenskünstler» da, «ein Loyalist, der ... wenn nötig kriecherische Selbstkritik geäußert hatte, ein Mann, dessen Loyalitäten und Fähigkeiten nicht ernsthaft in Frage standen, der es aber

verstand, in Zeiten der Unruhe wie ein Schaukelpferd mit den politischen Gezeiten zu wippen».¹⁶

Maos Tod im September 1976 lieferte Deng und seinen Unterstützern die politische Gelegenheit, die sie benötigten. Deng stand für Reform, Modernisierung und für ein Ende des revolutionären Aufruhrs, und seine Anhänger in der Partei drangen auf seine Rehabilitierung. Im Juli 1977 wurde er zurück in den fünfköpfigen ständigen Ausschuss des Politbüros berufen.¹⁷

Deng nutzte diese Chance. Das ganze Jahr 1978 über sorgte er dafür, dass andere Parteimitglieder, die, wie er, während der Kulturrevolution in Ungnade gefallen waren, rehabilitiert wurden, und trieb so seine Politik der «Modernisierung» voran. Und er drängte darauf, dass mehr Chinesen ein Auslandsstudium gestattet wurde. Zum Ende des Jahres war er dann in einer Position, die politischen und ideologischen Debatten des heutzutage gefeierten Dritten Plenums des XI. Zentralkomitees der Chinesischen Kommunistischen Partei für sich zu entscheiden.

Das Plenum übernahm offiziell die Politik der «sozialistischen Modernisierung». Aber hinter dieser fade klingenden Politik verbargen sich einige Veränderungen mit revolutionärem Potenzial. Der führende westliche Historiker Jonathan Spence identifiziert drei entscheidende Umschwünge.¹⁸ Erstens wurden die «vier Modernisierungen» auf die Industrie angewandt. Das Plenum empfahl, dass sich die Entscheidungsgewalt «von der Führungs- auf niedrigere Ebenen» verschieben sollte. Managern vor Ort wurde viel größerer Raum für Initiativen gegeben, um ihre Unternehmen zu führen — eine Entwicklung, die man als «Deregulierung unter chinesischen Vorzeichen» nennen kann. Zweitens gab das Plenum chinesischen Bauern größeren Spielraum, sich von dem System kollektiver Landwirtschaft zu lösen und durch «Nebenbeschäftigungen» auf eigenem Land Früchte oder Gemüse anzubauen oder Tierzucht zu betreiben.¹⁹ Schließlich signalisierte das Plenum, dass es ein unabhängigeres Justizsystem geben müsse, um die Art von Streitigkeiten zu lösen, die sich in einer «neuen Welt von lokalen, kommerziellen Initiativen» ergeben würden.²⁰

Auf dem Papier war das ein sehr bescheidener und zaghafter Anfang marktbasierter Reformen. Die meisten Maßnahmen, die China in eine

treibende Kraft des globalen kapitalistischen Systems verwandeln sollten, folgten erst später. Die Einrichtung von Wirtschaftssoonderzonen für ausländische Investoren, die den Boom in der Fertigungsindustrie in Südchina auslösten, wurde allerdings schon 1979 erwogen. Aber die Zonen wurden während des Plenums nicht erwähnt und kamen erst während der 1980er Jahre richtig in Schwung. Andere weitreichende Reformen — wie zum Beispiel die Privatisierung von Wohnungen und die Reform der Staatsindustrien — sollten noch mehr als ein Jahrzehnt auf sich warten lassen.²¹

Nichtsdestoweniger markierte 1978 den entscheidenden Wendepunkt. In dem Jahr begann die Ära Deng wirklich und ebenso Chinas Weg zu Modernisierung und Integration in die Weltwirtschaft.

Der wirtschaftliche Aufschwung war bemerkenswert schnell. 1985 hatten Chinas Exporteinnahmen den Wert von 25 Milliarden Dollar erreicht, gegenüber zehn Milliarden 1978.²² Da Bauern mehr Freiheiten eingeräumt wurden, nahm der Wohlstand auf dem Lande zu. Nach Schätzungen lebten 1978 etwa 270 Millionen Chinesen oder 28 Prozent der Bevölkerung in Armut,²³ 1985 war die Zahl bereits auf 97 Millionen oder weniger als zehn Prozent gesunken.²⁴ Die Wirtschaftssoonderzonen entlang der Küste boten Beschäftigung und höhere Einkommen für Millionen von Wanderarbeitern, während China Fertigungskapazitäten vom übrigen Asien auf sich zog. Anfang der 1990er Jahre hatte sich Chinas Anteil am Welthandel seit dem Beginn der Reformära vervierfacht. 1993 zog China mehr ausländisches Investitionskapital auf sich als jedes andere Land der Welt.²⁵ 2008 — als die globale Finanzkrise zuschlug — war China unbestritten die Werkstatt der Welt, kurz davor, die größte Exportnation der Erde zu werden, und hütete die größten Devisenreserven der Welt.

Bedenkt man die Bedeutung dessen, was sich in den späten 1970er und frühen 1980er Jahren abspielte, waren ausländische Beobachter — rückblickend — ein bisschen schwer von Begriff. Christopher Hum, zu der Zeit ein junger britischer Diplomat in Peking (er sollte später als Botschafter dorthin zurückkehren), meint, dass die ausländischen Diplomaten 1978 und 1979 vielmehr mit der kurzlebigen Zunahme an politischen Freiheiten und freier Meinungsäußerung in China in Verbindung